Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1951)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417433

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1951

Bericht der Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **S. Brawand**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **V. Moine**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **V. Moine**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dewet Buri**

Volksabstimmungen

im Berichtsjahre fanden 3 kantonale und 3 eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Zum erstenmal wurden die Stimmberechtigten an die Urne gerufen zur Abstimmung betreffend den Gesetzesentwurf über das Gesundheitswesen. Es wurden 42 496 zustimmende und 49 077 verneinende Stimmen abgegeben. Der Gesetzesentwurf wurde somit mit einem Mehr von 6581 Stimmen verworfen. Von den 246 364 in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten gingen 93 519 oder 38 % an die Urne.

Die zweite Abstimmung wurde auf den 8. Juli angesetzt und betraf die Erweiterung des Inselspitals (Bau eines neuen Loryspitals und Errichtung von 3 Schwestern- und Personalhäusern). Diese Vorlagen wurden angenommen mit 45 086 Ja gegen 6986 Nein oder mit einem Mehr von 38 118 Stimmen. Die Zahl der in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger betrug an diesem Tag 246 228. Davon gingen 52 714 oder 21,04 % an die Urne.

Die letzte kantonale Abstimmung wurde am 2. Dezember durchgeführt. Den Stimmberechtigten wurden die Gesetzesentwürfe über Jagd, Wild- und Vogelschutz und über die Primarschule unterbreitet. Der erste Entwurf wurde angenommen mit 66 912 gegen 39 295 Stimmen oder mit einem Mehr von 27 617 Stimmen. Die Abstimmung über den zweiten Gesetzesentwurf ergab 81 649 Ja gegen 23 010 Nein, also ein Mehr von 58 639 Stimmen. Am Abstimmungstag übten 108 517 von insgesamt 247 221 Stimmberechtigten ihr Stimmrecht aus oder 43,08 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Am 25. Februar hatte das Schweizervolk über den Bundesbeschluss über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen (Autotransportordnung) abzustimmen. Dieser Bundesbeschluss wurde im Kanton Bern mit 44 993 Ja gegen 47 567 Nein oder mit einem Mehr von 2574 Stimmen verworfen. In eidgenössischen Angelegenheiten waren 247 324 Bürger stimmberechtigt, von denen 93 695 oder 38,25 % an die Urne gingen.

Am 15. April fand die zweite eidgenössische Volksabstimmung statt. Die Stimmberechtigten hatten sich über die Initiative betreffend Revision des Art. 39 der Bundesverfassung (Notenbank) und den Gegenentwurf des Bundesrates auszusprechen. Die Initiative wurde im Kanton Bern mit 11 290 Ja gegen 82 139 Nein, also mit einem Mehr von 70 849 abgelehnt, während der Gegenentwurf mit 59 631 gegen 32 858 oder mit 26 773 Stimmen angenommen wurde. In eidgenössischen Angelegenheiten gab es 247 154 Stimmberechtigte, von denen 96 204 an die Urne gingen.

Die letzte eidgenössische Abstimmung im Berichtsjahr fand am 8. Juli statt. Sie betraf den Bundesbeschluss betreffend das Volksbegehren für die Heranziehung der öffentlichen Unternehmungen zu einem Beitrag an die Kosten der Landesverteidigung. Dieses Volksbegehren wurde mit 17 235 gegen 35 067 Stimmen abgelehnt, womit der Kanton Bern eine verwerfende Mehrheit von 17 832 Stimmen aufwies. In eidgenössischen Angelegenheiten waren 247 350 Bürger stimmberechtigt. Von diesen gingen 52 907 oder 21,35 % an die Urne.

Volkswahlen

Für eine vierjährige Amtsdauer wurden 11 Mitglieder der Römisch-katholischen Kommission im stillen Verfahren gewählt, und zwar vier des geistlichen und sieben weltlichen Standes. Ausserdem waren in verschiedenen Amtsbezirken Ersatzwahlen für Bezirksbeamte notwendig. Auf den 28. Oktober wurden die Gesamterneuerungswahlen des Nationalrates angesetzt, über deren Verlauf und Ergebnis später berichtet wird.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

In der Novembersession bestätigte der Grosse Rat die beiden bisherigen Vertreter des Kantons Bern im Ständerat, Regierungsrat G. Moeckli, Bern, und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil. Diese Wahl erfolgte erstmals für eine Amtsdauer von 4 Jahren, nämlich für die Zeit vom 1. Dezember 1951 bis zum Sonntag vor dem ersten Montag des Monates Dezember 1955. Das Bundesgericht hatte einen Beschluss des Grossen Rates, diese Amtsdauer für die Zukunft generell jener des Nationalrates anzupassen, als unzulässig aufgehoben, dagegen festgestellt, dass der Grosse Rat als Wahlbehörde des Ständerates berechtigt sei, von Fall zu Fall die Amtsdauer zu bestimmen. Gestützt auf diesen bundesgerichtlichen Entscheid entschied sich der Grosse Rat mit grosser Mehrheit für eine einmalige vierjährige Amtsdauer. Es wird zu prüfen sein, ob diese neue Amtsdauer inskünftig periodisch beschlossen werden soll oder ob sie anlässlich einer partiellen Revision der Staatsverfassung in dieser verankert werden kann.

Am 28. Oktober fand die Gesamterneuerung des Nationalrates statt. Für die Besetzung der dem Kanton zukommenden 33 Sitze wurden 10 Listen mit 220 Kandidatennamen eingereicht, wovon 83 kumuliert; im Jahr 1947 waren es 10 Listen mit 182 Kandidaten. Folgende 9 Listen haben Sitze erhalten:

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental–Jura–Mittelland, Oberaargau–Seeland	9
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Landesteilverband Oberland	2
Katholische Volkspartei	2
Parti libéral jurassien	1
Freisinnig-demokratische Partei Emmental–Mittelland–Oberaargau–Seeland	4
Freisinnig-demokratische Partei Oberland	1
Sozialdemokratische Partei	11
Parti socialiste jurassien	1
Landesring der Unabhängigen	2
	33

Die Liste der Liberal-sozialistischen Partei erreichte die Wahlzahl nicht und erhielt kein Mandat zugeteilt.

Nach einer Mitteilung einer jurassischen Zeitung vom 31. Oktober sollen im Jura 6000 handgeschriebene amtliche Wahlzettel ausgefüllt worden sein, zu deren Verbreitung ein erheblicher Autodienst eingesetzt wurde. Eine erste Untersuchung ergab, dass bei verschiedenen handgeschriebenen Wahlzetteln gefälschte amtliche Formulare verwendet wurden. Der Regierungsrat hat deshalb am 1. November beschlossen:

das gesamte Wahlmaterial in bezug auf die Verwendung von gefälschten amtlichen Formularen zu prüfen,

diese gefälschten amtlichen Formulare gemeindeweise auszuwerten, sowohl nach Parteistimmen als nach Kandidatenstimmen,

das Total dieser Wahlzettel vom bereits vorliegenden Ergebnis abzuziehen und das so ermittelte neue Resultat unter Ansetzung einer Beschwerdefrist von 6 Tagen im Amtsblatt und Feuille officielle zu publizieren gemäss den gesetzlichen Vorschriften.

Das derart revidierte Ergebnis wurde mit einer dagegen eingelangten Beschwerde der Herren René Godat, Angestellter, Porrentruy, und René Monnat, Lehrer in Cornol, am 21. November 1951 dem Bundesrat zuhanden des Nationalrates als Ergebnis des Kantons überwiesen. Die Wahlprüfungskommission des Nationalrates und das Plenum dieses Rates haben die Beschwerde als unbegründet abgelehnt und ebenfalls das weitere Begehren der Beschwerdeführer, sämtliche Wahlen im Kanton Bern zu kassieren. Das gestützt auf den Regierungsratsbeschluss vom 1. November ermittelte neue Ergebnis der Nationalratswahlen ist somit von den zuständigen Bundesbehörden sanktioniert worden.

Art. 13bis des Bundesgesetzes über die Wahl des Nationalrates in der Fassung der Gesetzesnovelle vom 22. Dezember 1938 stellt das planmässige Einsammeln, Ausfüllen oder Abändern von Wahlzetteln und das Verteilen derart ausgefüllter oder abgeänderter Wahlzettel unter Strafe. Gestützt auf diese Bestimmung hat die Eidgenössische Bundesanwaltschaft eine Untersuchung durchgeführt. Es ist Sache der Bundesbehörden zu entscheiden, ob die Beurteilung dieses Wahlvergehens durch eidgenössische oder kantonale Behörden zu erfolgen hat. Soweit das Strafverfahren in Frage steht, hat sich der Regierungsrat des Kantons Bern nicht weiter mit der Angelegenheit zu befassen.

Seit der Gesamterneuerung des Nationalrates traten in der bernischen Delegation folgende Änderungen ein: An Stelle des zum Bundesrat gewählten Dr. Markus Feldmann rückte als Mitglied des Nationalrates nach der 1. Ersatzmann der BGB-Partei Emmental–Jura–Mittelland/Oberaargau–Seeland, Hans Stähli, alt Regierungsrat in Bern. Ebenso rückte der 1. Ersatzmann der Liste der Sozialdemokratischen Partei nach, Karl Geissbühler, Zentralsekretär SAS in Köniz, an Stelle des wegen seiner Wahl als Mitglied des Bundesrates zurücktretenden Prof. Dr. Max Weber, Wabern-Bern.

Grosser Rat

Der Grosse Rat versammelte sich im Berichtsjahr in 4 Sessionen (wovon eine ausserordentliche im Monat März) mit insgesamt 40 Sitzungen. Bis zum 31. Mai amtete als Präsident des Grossen Rates Walter Stünzi, städtischer Fürsorgeverwalter in Thun. Für das Geschäftsjahr 1951/52 amtete als Grossratspräsident der nachträglich zum Stadtpräsidenten gewählte Otto Steiger, Bern. Als Vizepräsidenten wurden gewählt: E. Studer, Bauingenieur in Burgdorf, und Adolf Grädel, Arbeitersekretär in Bern. Im Laufe des Berichtsjahres legten folgende Mitglieder des Rates ihr Mandat nieder: E. Osterwalder, Niederbipp; H. Piquerez, Porrentruy, Fr. Grütter, Bern, und W. Stünzi, Thun. Gestorben: H. Girod, Reconvilier.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den Zurückgetretenen für die dem Staat Bern geleisteten Dienste. An ihrer Stelle rückten in den Rat nach: Walter Scherler, Lehrer, Niederbipp, Paul Aebi, Gärtner, Pruntrut, Erwin Schneider, Parteisekretär in Bern, Paul Burkhardt, Angestellter, Gunten, und Charles Flotiront, Uhrmacher in Bévilard.

In den ständigen Kommissionen des Grossen Rates sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

Staatswirtschaftskommission: Rücktritt H. Piquerez; Ersatz Simon Kohler, Courgenay.

Justizkommission: Rücktritt Fr. Grütter, Bern; Ersatz Alfons Scherrer, Bern. Da Grossrat Grütter zugleich Präsident der Justizkommission war, musste sich diese neu konstituieren. Als neuer Präsident wurde der bisherige Vizepräsident, E. Wälti, Bern, und als neuer Vizepräsident J. Casagrande, Biel, gewählt.

Ferner wurde die Geschäftsordnung des Grossen Rates ergänzt und die in der Verfassungsänderung vorgesehene Paritätische Kommission gebildet.

Diese Kommission besteht aus 20 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus je 10 Mitgliedern aus Abgeordneten des alten Kantonsteils und des Jura. Dabei werden die Grossräte des Amtsbezirkes Biel französischer Muttersprache zu den Abgeordneten des Jura gezählt. Das Präsidium in dieser Kommission wechselt jedes Jahr zwischen den Mitgliedern des alten Kantonsteils und des Jura. Als Präsident für das erste Jahr dieser Kommission wurde Grossrat Schneiter, Muri, gewählt. Auch in dieser Kommission musste an Stelle des ausscheidenden Fr. Grütter ein neues Mitglied gewählt werden. Die Wahl fiel auf Grossrat Karl Geissbühler in Köniz.

An Stelle des zurücktretenden Verwalters der Hypothekarkasse, Dr. h. c. E. Salzmann, dem auch an dieser Stelle für die dem Staate geleisteten Dienste gedankt sein soll, wurde Notar Otto Maurer, in Bern, gewählt.

In der Rindviehzuchtkommission mussten wegen Ablaufes der 6jährigen Amtsdauer 3 neue Mitglieder gewählt werden. An Stelle der ausgeschiedenen Fritz Bärtschi, Abraham Germann und Samuel Rieben wurden für 6 Jahre neu gewählt: Emil Grossniklaus, Beatenberg, Hans Moser, Trimstein, und Oskar Zingre, Gstaad.

Der Rat hatte ferner einen neuen Ersatzmann des Obergerichtes zu wählen an Stelle des zurückgetretenen Otto Müller, in Langenthal. Die Wahl fiel auf Dr. Beat Müller, Fürsprecher in Langenthal. Zwei kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichtes, Werner Mühlheim, in Lyss, und Emil Niggli, in Interlaken, sind im Laufe des Berichtsjahres zurückgetreten. Die Ersatzwahl fällt in das Jahr 1952.

Der Grosse Rat behandelte im Berichtsjahr folgende wichtige Geschäfte:

1. Gesetze

2. Beratung Ausbau der Rechtspflege, Feuerwehrwesen und Abwehr von Elementarschäden, 1. Beratung. Jagd, Wild- und Vogelschutz, Fortsetzung der 2. Beratung. Primarschule, 1. und 2. Beratung.

2. Volksbeschlüsse

Der Rat bereinigte zuhanden von Volksabstimmungen folgende 2 Geschäfte:

Erweiterung des Inselspitals (Bau eines neuen Lory-spitals II und Errichtung von Schwestern- und Personalhäusern).

Neubau des Zahnärztlichen Institutes der Universität Bern.

3. Dekrete

Abänderung des Dekretes vom 24. Februar 1942 über die Bekämpfung der Trunksucht.

Eingemeindung der Einwohnergemeinde Port zu der Stadt Biel. (Auf dieses Dekret ist der Grosse Rat nicht eingetreten.)

Einteilung des Staatsgebietes in Abstimmungskreise.

Errichtung neuer Pfarrstellen (St-Imier, Trennung der bisherigen reformierten Kirchgemeinde), Bern, Heiliggeist-Kirchgemeinde, Bern-Bremgarten, Paulus-Kirchgemeinde, Delémont, Lauterbrunnen.

Förderung der freiwilligen Krankenversicherung.

Konzessionierung und Bewilligung von Wasserkraftrechten, Wärmepumpen und Gebrauchswasserrechten.

Organisation der Gerichtsbehörden in den Amtsbezirken Biel, Burgdorf, Interlaken, Pruntrut.

Organisation des Regierungsstatthalter- und Richteramtes Trachselwald.

Neufestsetzung der Grundbesoldungen der Geistlichen sowie der Professoren und Dozenten der Hochschule.

Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal, die Lehrkräfte und die Rentenbezüger der Hilfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

Übertragung von Rechten und Pflichten betreffend die Feuerpolizei an die Brandversicherungsanstalt des Kantons Bern.

4. *Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen*

Aus dem Jahr 1950 waren im Berichtsjahr noch 6 Motionen zu behandeln, zu denen 19 neue kamen. Von diesen 25 Motionen wurden 22 erledigt und 2 wurden zurückgezogen. Die Behandlung einer Motion wurde auf das nächste Berichtsjahr verschoben.

Aus dem Jahr 1950 waren noch 9 Postulate hängig und es wurden 21 neu eingereicht. Von diesen 30 Postulaten behandelte der Rat 25. 4 konnten infolge Rückzuges abgeschrieben werden, so dass auf das nächste Geschäftsjahr eine einzige verschoben werden musste.

Der Regierungsrat beantwortete im weitern 33 Interpellationen, während 3 durch Rückzug erledigt wurden. Schliesslich wurden 50 Einfache Anfragen beantwortet.

5. *Andere Geschäfte*

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechnung und des Voranschlages sind noch folgende Geschäfte zu erwähnen:

Beiträge an schweizerische Lawinenschäden und zur Linderung der Wassernot in Oberitalien.

Bericht betreffend die Verwendung des Kredites zur Hebung des Fremdenverkehrs und Hilfe an die Kurorte im Berner Oberland im Winter 1951/52.

Grossratsbeschluss betreffend die Reorganisation der Handels- und Gewerbekammer.

Grossratsbeschlüsse betreffend Umbauten in den Strafanstalten Thorberg und Witzwil.

Kredit für die Tuberkulose-Schutzimpfung im Jahr 1951.

Beiträge und Garantieübernahme für den Ausbau der Fussballstadien Wankdorf und Neufeld in Bern.

Grossratsbeschluss über die Neuorganisation der staatlichen Finanzverwaltung in den Bezirken.

Ausbau der Alpenstrassen; Überbrückungsprogramm 1950/51 sowie Ausbau der Verbindungsstrassen; Programm 1952/53.

Zweite Privatbahnhilfe zugunsten der Bern–Neuenburg-Bahn.

Wasserversorgung der Haute-Ajoie, 2. Etappe, und landwirtschaftliche Neusiedelungen «Les Covettes», Gemeinde Courtelary, und «Gros Montceney», Gemeinde Montfaucon.

Beteiligung und Beitrag des Staates an die Stiftung der Stadt- und Hochschulbibliothek.

Errichtung eines staatlichen Haushaltungslehrerinnenseminars für den französischen Kantonsteil.

Ausserdem bewilligte der Rat durch mehrere Beschlüsse Bau- und Betriebsbeiträge an Spitäler und Heilstätten, an verschiedene Hoch-, Tief- und Wasserbauten und an Bodenverbesserungen, Weganlagen, Entwässerungen, Aufforstungen und Verbauungen.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Bauten und Eisenbahnen, Regierungsrat S. Brawand.

Am 1. Juni übernahm Regierungsrat Dr. Virgile Moine, Direktor der Justiz, das Amt des Regierungspräsidenten. Als Vizepräsident wurde vom Grossen Rat Regierungsrat Dewet Buri, Direktor der Landwirtschaft und der Forsten, gewählt.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 104 Sitzungen ab, in welchen er 6845 Geschäfte oder 180 weniger als im Vorjahr behandelte. In der Organisation und Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates fanden im Berichtsjahr keine Änderungen statt.

Über die einzelnen wichtigeren Geschäfte, die der Regierungsrat behandelte, verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der Direktionen.

Wie bereits im letzten Verwaltungsbericht mitgeteilt wurde, haben der National- und der Ständerat durch Beschlüsse vom 4. bzw. 12. April 1951 die bernische Verfassungsänderung (Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil) gewährleistet.

Ein weiteres Postulat im Sinne des Berichtes des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil wurde erfüllt. Am 12. September 1951 behandelte der Regierungsrat das am 3. Mai 1949 eingereichte Gesuch der 3 jurassischen Organisationen (Pro Jura, Société jurassienne d'émulation, Association pour la défense des intérêts du Jura) um offizielle Anerkennung der von ihnen präsentierten jurassischen Fahne. Gestützt auf die erwähnte Verfassungsänderung und auf eine Rundfrage bei sämtlichen Regierungsstatthaltern der jurassischen Amtsbezirke beschloss der Regierungsrat, die oben erwähnte Fahne (gespalten, in Silber ein roter Baselstab und in Rot drei silberne Balken) beim Staatsarchiv des Kantons Bern zu registrieren und damit neben der Bernerfahne als jurassische Fahne im Sinn von Art. 1 und 2 der Staatsverfassung anzuerkennen. Die Regierungsstatthalterämter und die Staatsanstalten im jurassischen Landesteil sind damit berechtigt, bei Beflaggungen neben der Schweizer- und Bernerfahne und den Fahnen ihrer Amtsbezirke und Gemeinden auch die jurassische Fahne zu hissen.

In diesem Beschluss wird aber ausdrücklich festgestellt, dass das Kennzeichen des Staates Bern in seiner Gesamtheit und bei seiner Vertretung nach aussen das Bernerwappen und die Bernerfahne mit dem schreitenden schwarzen Bären auf goldenem Schräg/Rechts-Balken auf rotem Grund bleibt.

Am 13. Dezember wurde Regierungsrat Dr. Markus Feldmann zum Mitglied des Bundesrates gewählt. Er nahm am 28. Dezember zum letztenmal an einer Regierungsratssitzung teil, wobei ihm der Vorsitzende für seine Tätigkeit im Dienste des Bernerlandes den Dank aussprach.

Dr. Feldmann wurde am 6. Mai 1945 zum Mitglied des Regierungsrates gewählt. Er übernahm zuerst die Leitung der Direktionen des Gemeindewesens und der Sanität und amtete als deren Vorsteher bis Juni 1946. Anlässlich der Neuzuteilung der Direktionen in der konstituierenden Grossratssitzung vom 4. Juni 1946 wechselte Regierungsrat Dr. Feldmann auf die Direktionen des Erziehungs- und des Kirchenwesens über, deren Leitung er bis zu seiner Wahl in den Bundesrat beibehielt.

Dr. Feldmann präsidierte den Regierungsrat im Amtsjahr 1947/48. Während seiner Tätigkeit als Regierungsrat hat er zusammen mit einer vom Regierungs-

rat bestellten Delegation den Bericht über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil verfasst. Am Zustandekommen besserer Verhältnisse zum jurassischen Landesteil hatte er deshalb massgebenden Einfluss, begannen doch die Unstimmigkeiten während seines Präsidialjahres. Sodann wurde während seiner Tätigkeit im Regierungsrat das Gesetz über die Primarschule ausgearbeitet und vom Volke angenommen. Als weitere wichtige Geschäfte, die während der Amtszeit von Regierungsrat Dr. Feldmann dem Regierungsrat und Grossen Rat aus seinen von ihm geleiteten Direktionen unterbreitet wurden, seien erwähnt das Dekret betreffend die Verschmelzung der Einwohnergemeinde Ausserbirrmoos, Innerbirrmoos und Otterbach zu einer Einwohnergemeinde Linden; die Vorbereitung einer Broschüre «Kirche und Staat im Kanton Bern» zur Orientierung des Grossen Rates und als Beitrag zur Diskussion betreffend Briefwechsel Prof. Barth und Berner Regierung; Dekret betreffend die Besoldungen der Geistlichen der bernischen Landeskirche; Dekret über die Organisation und Wahl der Römisch-katholischen Kommission; Dekret betreffend die Umschreibung der christ-katholischen Kirchgemeinden im Kanton Bern.

Eine Aufzählung der Dekrete und Grossratsbeschlüsse, die er als Erziehungsdirektor vorbereitet hat, ist im Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion enthalten, auf den verwiesen wird. Das Wirken von Herrn Dr. Feldmann in der bernischen Regierung war überaus fruchtbar und brachte viele Neuerungen auf dem Gebiet des gesamten bernischen Erziehungswesens.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Bezirksbeamten traten folgende Änderungen ein:

Aarwangen: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtsschreibers/Betreibungsbeamten, Fürsprecher W. Pappe, wurde im stillen Verfahren gewählt W. Morgenthaler, Fürsprecher, Bern.

Burgdorf: Regierungsstatthalter F. Wyss trat nach langjähriger Tätigkeit in den Ruhestand. Es wurde im stillen Verfahren neugewählt Rudolf Scheidegger, Aktuar, Burgdorf.

Konolfingen: An Stelle des zurückgetretenen Betreibungs- und Konkursbeamten R. Wyler wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt H. Bührer, Notar.

Nidau: Als Regierungsstatthalter/Gerichtspräsident trat Dr. A. Klopfenstein zurück. Im öffentlichen Wahlgang wurde als Nachfolger Max Stebler, Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter, gewählt.

An dessen Stelle wurde im öffentlichen Wahlgang als Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter Fürsprecher F. Bangerter gewählt.

Ober-Simmental: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtsschreibers/Betreibungsbeamten H. Büchler wurde im stillen Verfahren gewählt Fürsprecher J. Friedli.

Trachselwald: Durch Dekret vom 5. März 1951 über die Organisation des Regierungsstatthalter- und Richteramtes wurde die Vereinigung der Amtsverrichtungen aufgehoben. Der bisherige Amtsinhaber der beiden Stellen, Notar K. Maier, entschied sich für das Amt des Regierungsstatthalters, womit eine Neubesetzung des Postens des Gerichtspräsidenten notwendig wurde. Im stillen Verfahren wurde als solcher gewählt Fürsprecher P. Grossenbacher, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter in Trachselwald.

Als neuer Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter wurde im stillen Verfahren gewählt Fürsprecher K. Marti.

Wangen: An Stelle des im Jahr 1950 zum Gerichtspräsidenten gewählten P. Jufer wurde im öffentlichen Wahlgang als Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter Fürsprecher R. Steiner gewählt.

Das Dekret vom 15. Mai 1951 über die Organisation der Gerichtsbehörden in den Amtsbezirken Burgdorf, Interlaken und Pruntrut sah für diese Amtsbezirke einen zweiten Gerichtspräsidenten vor. In den Amtsbezirken Burgdorf und Pruntrut erfolgten stille Wahlen. Es wurden gewählt: für den Amtsbezirk Burgdorf Walter Dick, Gerichtsschreiber in Burgdorf, und im Amtsbezirk Pruntrut Hubert Piquerez, Fürsprecher in Pruntrut.

Im Amtsbezirk Interlaken wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt: Dr. H. Zollinger, Gerichtsschreiber in Interlaken.

Amtsrichter

Im Bestand der Amtsrichter traten folgende Änderungen ein:

Bern: In stiller Wahl an Stelle des zurückgetretenen G. Stebler: Dr. jur. E. Steinmann, Redaktor in Bern.

Büren: In stiller Wahl an Stelle des verstorbenen E. Bangerter: F. Kocher-Lüdi, Landwirt in Büren.

Fraubrunnen: In stiller Wahl an Stelle des zurückgetretenen P. Brunner: H. Studer, Sattlermeister in Grafenried.

Pruntrut: In stiller Wahl an Stelle des zurückgetretenen E. Koch: A. Terrier, Landwirt in Montignez.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Aarberg: In stiller Wahl an Stelle des verstorbenen J. Lauper: A. Winkelmann, Postverwalter in Aarberg.

Bern: In stiller Wahl an Stelle des zum Amtsrichter gewählten Dr. jur. E. Steinmann: F. Trachsel, Direktor in Bern.

Biel: In stiller Wahl an Stelle des verstorbenen P. Donzé: E. Lüthy, pens. SBB-Beamter in Biel.

Büren: In stiller Wahl an Stelle des zum Amtsrichter gewählten F. Kocher-Lüdi: W. Rüfli-Schär, Kaufmann in Lengnau.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Auskunft (in Klammern: Vorjahr).

An die Direktionen überwiesene Eingänge 2228 (3127).

Überweisungen an den Grossen Rat 363 (339).

Drucksachenbestellungen: Verkaufssumme 101 088.05 Franken (99 145.74).

Beglaubigungen von 29 425 (29 393) Unterschriften, für welche Gebühren von Fr. 34 826 (34 214.55) verrechnet wurden; davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 23 330 (23 683) belegt, vom Legalisationsbüro oder durch Barverkauf Fr. 11 496 (10 531.55).

Im Anweisungsverkehr wurden 2260 Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von 198 848.75 Franken (196 474.90) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3457 Geschäfte, wovon 978 des Regierungsrates. Dazu sind noch die zahlreichen Arbeiten der Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt hinzuzurechnen.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaal 105 Sitzungen abgehalten, und die Rathaushalle ist für 21 Anlässe benützt worden. Die Direktionen haben die Kommissionszimmer für 267 Sitzungen beansprucht, wozu noch 30 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, sind zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben worden, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 5399 erreichten. Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 247 Besuche unseres Rathauses mit rund 3400 Personen. Ungefähr die Hälfte dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs für 1951

I. Personelles

Der Staatsarchivar wurde vom 1. Oktober bis 31. Dezember beurlaubt zur Durchführung der ihm vom Burgerrat der Stadt Bern übertragenen Organisation und Formation der von der Stadt- und Hochschulbibliothek abgetrennten Burgerbibliothek. Diese Bibliothek wird die handschriftlichen Bestände der Stadt- und Hochschulbibliothek und ältere Bernensia umfassen. Sie ergänzt für die historische Forschung in wertvoller Weise die Bestände des Staatsarchivs. Während dieses Zeitraums unterstand die Leitung des Staatsarchivs dem Stellvertreter des Staatsarchivars.

Im Berichtsjahr absolvierten 2 Schülerinnen der Ecole de bibliothécaires in Genf, Fräulein J. Brot und Fräulein C. Weill, je eine zweimonatige Ausbildungsperiode im Staatsarchiv.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 363 Personen mit 2165 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 968 mündlich, 888 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden an Akten abgeliefert:

vom Vermessungsamt ca. 430 Bände, Mappen und Dossiers Archivalien des jurassischen Katasters;

von der Forstdirektion 1656 Bände ausser Kraft gesetzte Waldwirtschaftspläne;

von der Maturitätskommission 4 Bände Protokolle der Jahre 1879 bis 1924.

Zur vorübergehenden Aufbewahrung übernahm das Staatsarchiv von der Ausgleichskasse die Doppel der Journale 1950/51 und von der Fürsorgedirektion Akten der Konkordatsarmenpflege.

Die Bibliothek vermehrte sich um 458 Bände, 334 Broschüren und 62 Blätter.

Als private Leihgabe wurden von Herrn Paul Wüthrich, Lausanne, durch Vermittlung von Herrn Th. v. Lerber dem Staatsarchiv 20 Urkunden der Jahre 1480–1882 betreffend Güter und Zehnden in der Gemeinde Eggiwil übergeben.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (vor 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt. Es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Fraubrunnen, Frutigen und Interlaken (bis 1290). In der neuen Abteilung wurde die Neuaufstellung der grossen Abteilungen Mittelschulen, Allgemeines und Mittelschulen, Lokales, durchgeführt und mit der Bearbeitung der Abteilung zentrale Materialien des Erziehungsdepartementes und der Erziehungsdirektion begonnen.

Neu aufgestellt und teilweise ergänzt wurden die kleineren Abteilungen der Amtsberichte seit 1803, die Botschaftensammlung und der nach Direktionen geordneten Staatsverwaltungsberichte. Das früher geordnete Familienarchiv von Diesbach wurde signiert.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Abteilung der Ämterbücher durch Personen, Orts- und Materienregister wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und die Ämter Aarwangen, Bern-Stadt und Bern-Land, Bipp, Brandis und Büren zum Abschluss gebracht. Amt Erlach wurde begonnen.

In der neuern Abteilung wurde im Berichtsjahr das Konzept zum zweibändigen Gesamt-Register über das Tagblatt des Grossen Rates von 1900 bis 1945 zum Abschluss gebracht.

Zu den neu geordneten Abteilungen Mittelschulen, Allgemeines und Lokales wurden die Inventare erstellt.

Fortgesetzt wurde das Emblemverzeichnis der Wappenkartothek, und nachgeführt wurden die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Chronikauszüge aus dem Bund und der Bibliothek. Die Bibliothekskartei wurde ergänzt durch Aufkartung des Jahrbuchs des Historischen Museums.

VI. Führungen und Ausstellungen

Mit Ausstellungen verbundene Führungen fanden im Archiv statt für die Delegiertenversammlung der

Bezirksbeamten, für die Société Savante d'Alsace, für die 2. Klasse des Lehrerinnenseminars Delsberg, für die Klassen II*a* und II*b* des Oberseminars, die Klasse II des Seminars Muristalden und für die sozialistische Jugend des Kantons Bern.

Das Staatsarchiv beteiligte sich an folgenden auswärtigen Ausstellungen: «Burgdorf, Ausstellung das bäuerliche Heim, in der Gruppe ‚Das Dorf im Wandel der Zeiten'»; Zürich, Ausstellung von Bundesbriefen im Staatsarchiv, und Le Locle, Ausstellung «800 Jahre Le Locle».

VII. Lehrerfortbildungskurs

Auch im Berichtsjahr konnte wieder unter Leitung des Archivassistenten Lerch ein Lehrerfortbildungskurs für geschichtliche Heimatkunde und Urkundenlesen, organisiert von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform, durchgeführt werden. Er war von 12 Teilnehmern besucht und verlief sehr befriedigend.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Zum 10. Band der Fontes rerum Bernensium wurde die zweite Hälfte der Registermanuskripte in Druck gegeben.

Auf eine Anfrage des Instituts für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, das eine Bibliographie aller europäischen Verfassungen seit 1789 herausgibt, wurde ein Verzeichnis bernischer Verfassungstexte und Verfassungsurkunden angefertigt, das alle seitherigen Verfassungserlasse enthält. Unter den Gutachten sind solche über die Anstalt Landorf, die Biel–Nidau-Grenze auf dem Bieler See und Grellingen zu nennen. Für die Baudirektion wurden Angaben über die staatlichen Bauten in Pruntrut, für das Historische Museum über altbernische Baureglemente und für die Schweizerische Gesellschaft für Familienforschung über Familien- und Privatarchive im Staatsarchiv Bern zusammengestellt.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden folgende Bezirksarchive von Organen des Staatsarchivs besucht und beraten: die Amtsschreiberei Aarwangen, Bezirksarchiv Delémont und Betreibungsamt Moutier. An Gemeindearchiven wurden beraten und teilweise besucht: das Archiv der Burgergemeinde Bern, das Stadtarchiv von Büren, die Gemeindearchive von Boécourt, Courfaivre, Les Bois, Ligerz, Ocourt, Rossemaison und Villeret.

X. Ehemaliges fürstbischöflich-baslerisches Archiv

Die Sichtung der folgenden St-Ursanne betreffenden Abteilungen wurde abgeschlossen: A 112 le chapitre, B 288 la Prévôté, B 289 la recette, B 290 La ville. Das Inventarkonzept der Abteilungen A 112, B 289, B 290 ist abgeschlossen, dasjenige der Abteilungen B 288 in Arbeit. Von den amtlichen Drucken des fürstbischöflichen Archivs wurde ein Verzeichnis erstellt.

XI. Hallwylarchiv

Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1951 Fr. 14 062.40. Er beträgt am 31. Dezember 1951 Fr. 14 417.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 419.88. Es wurden in bescheidenem Umfang Werke über Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1952.

Der Regierungspräsident:
Dr. **V. Moine**

Vom Regierungsrat genehmigt am 4. Juli 1952.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**